

Ausschuß wünscht Anwesenheit der Minister

In der Sitzung am 28. August stellte der Rechnungsprüfungsausschuß seinen Fahrplan für die Beratung des Jahresprüfungsberichts 1977 des Landesrechnungshofs auf und teilte die Berichterstattung für die einzelnen Prüfungsgebiete ein. Trotz der bevorstehenden Kommunal- und Landtagswahlen, die naturgemäß nicht ohne Folgen für die Termingestaltung des Parlaments bleiben, will der Ausschuß seine Prüfungsaufgaben in vollem Umfang wahrnehmen und nichts zurückstellen.

Der Ausschuß übernahm einhellig einen Vorschlag seines Vorsitzenden Franz Riehemann (CDU), wesentliche Schwerpunkte der Prüfungsmaterie vorzuziehen und alsbald abschließend zu behandeln. Dazu werden insbesondere die in letzter Zeit in der Öffentlichkeit ausgiebig diskutierte Prüfungsbemerkungen des Landesrechnungshofs zum Thema „Mehrarbeitsvergütung für Lehrer“ und über das Landesamt für Besoldung und Versorgung gehören. In beiden Fällen hält es der Ausschuß für unerlässlich, daß die zuständigen Minister – Innenminister Dr. Hirsch und Kultusminister Girsensohn – wegen der Bedeutung der Beanstandungen an seinen jeweiligen Sitzungen persönlich teilnehmen.

Nach Möglichkeit soll der Jahresprüfungsbericht 1977 bis zum Februar 1980 im Rechnungsprüfungsausschuß abschließend behandelt werden.

Funktionalreform

Fortsetzung von Seite 3

men ist insbesondere die Öffentlichkeitsarbeit, die Durchführung von Vermessungstechnischen und kartographischen Arbeiten für das Verbandsgebiet sowie Maßnahmen zur Schaffung und zum Ausbau von Flächen für die Behandlung, Lagerung und Ablagerung von Abfällen. Die größte Kontroverse im Ausschuß entstand durch den Antrag der CDU-Fraktion, dem Verband die Befugnis einzuräumen, weisungsungebunden von seinen Mitgliedskörperschaften, Bebauungspläne aufzustellen mit den erforderlichen Festsetzungen für Wälder-, Grün-, Wasser- u. ä. Flächen sowie für Erholungsgebiete einschließlich ihrer Ausstattung für die Freizeitgestaltung und die Erholung. Der Sprecher der SPD-Fraktion wies auf die zahlreichen Zuschriften aus dem Ruhrgebiet hin, in denen stärkste Bedenken geäußert wurden. Auch Innenminister Dr. Hirsch äußerte verfassungsrechtliche Bedenken. Er erklärte jedoch ausdrücklich, daß die Landesregierung durch eine Verordnung zu § 2 Abs. 3 des Bundesbaugesetzes es dem Kommunalverband Ruhrgebiet ermöglichen werde, für seine Mitgliedskörperschaften Bebauungspläne zu erarbeiten, wie dies bereits heute die Kreise für ihre kreisangehörigen Gemeinden in deren Auftrag könnten. Bei Stimmenthaltung der CDU-Fraktion wurde anschließend die Fassung der Regierungsvorlage angenommen.

Porträt der Woche



Rudi Bahr (SPD)

Der Mann, der den Landtagswahlkreis Duisburg IV seit 1966 dreimal mit respektablen Mehrheiten für die SPD gewonnen hat, ist kein Kind des Reviers, sondern ein Preuße aus dem pommerischen Stettin: Rudi Bahr. Und er ist – legt man allein sein Eintrittsdatum in die Partei als Maßstab an – nicht einmal ein „alter“ Sozialdemokrat. Denn der heute knapp 59jährige entschloß sich erst 1957 dazu, sich um Aufnahme zu bewerben. Er hatte dafür einen plausiblen Grund: seit 1947 in den Diensten der Stadt Duisburg stehend, mochte er, der gerade die erste und zweite Verwaltungsprüfung erfolgreich hinter sich gebracht hatte, das Wort widerlegen, wer in Duisburg etwas werden wolle, müsse das Parteibuch der SPD besitzen. Er wurde etwas und trat erst dann in die Partei ein. Dabei bekennt er, und das nimmt man diesem ehrlichen Mann ohne weiteres ab, daß es für ihn nie eine andere Partei als die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegeben habe. Kein Wunder: der Vater, der sich vom Arbeiter zum technischen Betriebsleiter emporgearbeitet hatte, war alter Sozialdemokrat. Und dies färbte, so Rudi Bahr heute, natürlich auf die Kinder ab.

Dem Nationalsozialismus entzog sich der im Christlichen Verein Junger Männer engagierte im Jahre 1938 – als es ein Jugenddienstpflichtgesetz bereits gab – auf eine damals weder seltene noch ungewöhnliche Art: er ging freiwillig zum Militär. Aus den gedachten zwei Jahren wurden dann sieben. Und für den mehrfach Verwundeten begann die zivile Karriere als Landwirtschaftshelfer und aktiver Wahlhelfer der SPD in einem kleinen hessischen Ort.

„Widerstrebend“, so sagt er, bewarb er sich 1946 bei der Stadtverwaltung Duisburg. Er kam, weil unbelastet, zur Entnazifizierungskammer. Doch schon nach einem halben Jahr hatte er „die Schnauze voll“. Straßenbahnschaffner, so erinnert sich Bahr, wurden bestraft, „Kameraden, die braun getränkt waren, kamen relativ ungeschoren davon“.

Seine nächste Stelle war das Schulamt. Und damit erreichte der Mann, dem sein Vater als Maxime mitgegeben hatte,

„was Du tust, das tue ganz“, die Station, die ihn nicht mehr losließ und durch die er sich zwangsläufig zu einem allseits anerkannten Schulpolitiker im Parlament gemacht hat. Als Referent des nachmaligen Kultusministers Prof. Fritz Holthoff in dessen Duisburger Zeit hat er „unheimlich viel gelernt bei diesem Arbeitstier“. Zum Mandat kam der Mann, der 60 bis 70 Stunden in der Woche hart arbeitet, wie die „Jungfrau zum Kind“. Daß er es jetzt aufgibt, entspringt eigenem Entschluß. Die Schulpolitik ist zu einem vorläufigen Abschluß gebracht, der Platz muß frei gemacht werden für jüngere und unverbrauchtere Kräfte.

Zeit für eine Bilanz? Man hört Kritisches. Ungewollt habe die Politik viele zu Egoisten erzogen. Es sei ihr gelungen, das Konsumbedürfnis zu decken, dabei seien aber „innere Werte“ außer acht gelassen worden. Von der Ideologie hält der Mann, der sich selbst als links von der Mitte einordnet, nicht viel. Sie taue nicht, um Politik zu machen. In der Landespolitik habe ihm die Arbeit Freude gemacht, obwohl große Erfolgserlebnisse ausgeblieben sind. „Und wenn Erfolgserlebnisse zur absoluten Seltenheit werden, dann zehrt es an der Kraft.“

Es „tut ihm weh, wie menschlich brutal Parteien mit Altgedienten umgehen“, die sich um den Staat und seine Menschen verdient gemacht haben. Urteile und Einschätzungen eines Mannes, der seine Arbeitskraft in drei Ausschüssen des Parlaments eingesetzt hat und Freunde nicht nur in den eigenen Reihen besitzt. Ob auch diese Erfahrungen – vielleicht ganz unbewußt – den Entschluß von Rudi Bahr gefestigt haben, sich nicht mehr für eine Kandidatur zur Verfügung zu stellen? Möglich scheint es bei einem so aufrechten Mann.

Karl Lohaus